

Krieg in der Ostukraine : geplante Eskalation?

Autor(en): **Goertz, Stefan**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Schweizer Soldat : die führende Militärzeitschrift der Schweiz**

Band (Jahr): **96 (2021)**

Heft 5

PDF erstellt am: **13.09.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-977139>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Krieg in der Ostukraine – Geplante Eskalation?

Seit April 2021 verstärkt das russische Verteidigungsministerium massiv seine Truppen und sein Kriegsgerät an der Grenze zur Ukraine, zahlreiche westliche und ukrainische Politiker sprechen von einer russischen Eskalation und einer möglichen Intensivierung des Krieges in der Ostukraine.

Prof. Dr. Stefan Goertz, Bundespolizei, Hochschule des Bundes, Lübeck, Oberstleutnant d.R.

Der Krieg in der Ostukraine dauert mittlerweile über sieben Jahre an. Politikwissenschaftlich ist dies ein «kleiner Krieg», dazu gehört hybride Kriegsführung. Der staatliche Akteur Ukraine sowie nicht-staatliche Separatisten, die wiederum vom staatlichen Akteur Russland personell, materiell, militärisch unterstützt werden (Russland schickte Spezialkräfte ohne Hoheitsabzeichen in diesen kleinen Krieg), kämpfen mit militärischen Mitteln gegeneinander. In der Ostukraine gibt es seit Mitte Februar verstärkt Kämpfe zwischen prorussischen Milizen, die von Russland militärisch und finanziell unterstützt werden, und den ukrainischen Truppen.

Nach Angaben der ukrainischen Regierung hat Russland mittlerweile mehr als 100 000 Soldaten nahe der ukrainischen Grenze konzentriert und Militärcamps errichtet, auch auf die 2014 von Russland annektierte ukrainische Halbinsel Krim wurden verstärkt schweres Kriegsgerät und Truppen verlegt. Weil die militärische Verlegung so vieler Soldaten und Kriegsgerät in kurzer Zeit logistisch aufwändig, teuer ist und mit zeitlichem Vorlauf geschehen muss, ist davon auszugehen, dass dieser Schritt Russlands lange geplant war und von der Spitze des russischen Staates gewollt.

Wegen dieses massiven russischen Truppenaufmarschs an der ukrainischen Grenze wächst international die Sorge vor einer militärischen Eskalation. Mitten in dieser Eskalation zwischen der russischen und der ukrainischen Regierung hat Rus-

land den ukrainischen Konsul in St. Petersburg vom Inlandsgeheimdienst FSB festnehmen lassen und ausgewiesen, offiziell aufgrund eines Spionageverdachts. Das ukrainische Aussenministerium reagierte auf diese Festnahme eines ukrainischen Diplomaten durch den russischen Geheimdienst FSB und seine Ausweisung aus Russland empört: «Das ist eine weitere Provokation», sagte ein Sprecher des russischen Aussenministeriums. Dazu schickte die russische Marine 15 Kriegsschiffe ins Schwarze Meer.

Die deutsche Verteidigungsministerin Annegret Kramp-Karrenbauer erklärte hierzu, Russland gefährde die Sicherheit in Europa «konkret und unmittelbar». «Russlands Hochrüstung und seine Kriegsführung mitten in Europa hat reale Bedrohungen geschaffen. Wer darauf hinweist, ist nicht anti-russisch. Wer darauf hinweist, spricht eine wichtige politische Tatsache an und betreibt aktive Sicherheitsvorsorge für unser Land und für Europa», erklärte die deutsche Verteidigungsministerin Mitte April 2021. Die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel und der französische Präsident Emmanuel Macron zeigten sich bei einem Gespräch mit dem ukrainischen Staatschef Wolodimir Selenski besorgt über den russischen Truppenaufmarsch entlang der ukrainischen Grenze und riefen die russische Regierung zu einem Abzug ihrer Truppen von der ukrainischen Grenze auf.

Dmitri Kosak, Russlands Vertreter in den Verhandlungen über die Umsetzung



Bild: Wikimedia Commons

Der Krieg in der Ostukraine dauert mittlerweile über sieben Jahre an. Ukrainischer Panzer in Stellung.

des Minsker Friedensabkommens zum Krieg in der Ostukraine, sprach zynisch von einer Eskalation in der Ostukraine, die «allein auf das Konto der ukrainischen Regierung» gehe. In Anspielung an die Vergangenheit des ukrainischen Präsidenten Wolodimir Selenski als Schauspieler sprach er von «einer Theatervorstellung namens Kriegsgefahr». Die ukrainische Regierung sei nach Angaben des russischen Vertreters «politisch sehr unerfahren», sie «handeln wie Kinder mit Streichhölzern». Sollte der «Brand» zu einem zweiten «Srebrenica» ausarten – also einem drohenden Massaker an der Zivilbevölkerung –, sei «Russland zum Eingreifen gezwungen».

Beginne die ukrainische Regierung einen Krieg, bedeute «das das Ende der Ukraine», drohte Dmitri Kosak offen. Sehr ähnlich sprachen andere hochrangige russische Funktionäre. Kosak als hochrangiger russischer Funktionär wirft also der ukrainischen Regierung vor, ein «zweites Srebrenica», sprich einen Genozid, vorzubereiten. Vom 11. bis 19. Juli 1995 ermordeten bosnisch-serbische Milizen mehr als 8000 Bosnier, fast ausschliesslich Jungen und Männer zwischen 13 und 78 Jahren. Dieser Genozid war das schwerste Kriegsverbrechen in Europa seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges. Aufgrund eines Vetos von Russland, das sich traditionell als Schutzmacht der Serben sieht, scheiterte 2015 eine Resolution des Sicherheitsrates

Bild: Wikimedia Commons



Der ukrainische Staatschef Wolodymyr Selenskyj fordert die Aufnahme der Ukraine in die EU+NATO.

der Vereinten Nationen, die diesen Massenmord als Völkermord bezeichnen wollte.

Optionen der Ukraine

Vor dem Gipfeltreffen mit Frankreichs Präsident Macron und der deutschen Bundeskanzlerin Merkel Mitte April 2021 forderte der ukrainische Staatschef Wolodymyr Selenskyj die Aufnahme der Ukraine in die EU und die NATO. Die Ukraine könne «nicht auf unbestimmte Zeit im Wartesaal der EU und der NATO bleiben». Angesichts der «gewaltigen Aggression» Russlands erwarte der ukrainische Staatschef eine Einladung zum Beitritt. Die russische Regierung forderte wiederum den französischen Präsidenten und die deutsche Bundeskanzlerin auf, die Ukraine zur Einhaltung des vereinbarten Waffenstillstands in der Ostukraine zu drängen. Die beiden sollten ihren «Einfluss» nutzen, die ukrainische Regierung zum Stopp aller «Provokationen» der Ukraine entlang der Frontlinie zu bewegen, sagte Kremlsprecher Dmitri Peskow.

Zeitgleich erklärte der ukrainische Botschafter in Deutschland mit deutlichen Worten, sollte die Ukraine nicht durch ein Bündnis wie die NATO vor Russland geschützt werden, müsse «man selbst aufrüsten, auch atomar». «Entweder sind wir Teil eines Bündnisses wie der NATO ... oder wir haben eine einzige Option, dann selbst aufzurüsten», sagte der

ukrainische Botschafter in Deutschland, Andrij Melnyk. Die ukrainische Regierung werde dann «auch über einen nuklearen Status» nachdenken. «Wie sonst können wir unsere Verteidigung garantieren?», fragte der ukrainische Botschafter in Deutschland. Moskau drohe Kiew «offen mit Krieg und mit der Zerstörung des ukrainischen Staats», erklärte der ukrainische Aussenminister Dmytro Kuleba Mitte April in Kiew bei einem Treffen den Aussenministern der baltischen Staaten. Der ukrainische Aussenminister warf Russland vor, im Konflikt um die Ostukraine «die militärischen Spannungen zu verschärfen und die diplomatischen Bemühungen zu untergraben». In Bezug auf diese gerade öffentlich gemachte Idee der ukrainischen Regierung, atomar aufzurüsten: Im Jahr 1994 hatte die ukrainische Regierung den Verzicht auf das auf ukrainischem Territorium lagernde drittgrösste Atomwaffenarsenal der Welt aus sowjetischen Zeiten erklärt. Im Gegenzug verpflichteten sich die USA, Grossbritannien und Russland, die Grenzen der Ukraine zu achten.

Die Ukraine strebt seit einigen Jahren eine Mitgliedschaft im westlichen Militärbündnis NATO an. Die Aufnahme in die NATO in den nächsten Jahren gilt aber aktuell noch als unwahrscheinlich. «Dieser russische Aufmarsch ist viel mehr als Muskelspiel, Säbelrasseln oder Kriegstrommeln, wie viele glauben hier in Deutschland», erklärte der ukrainische Botschafter in Deutschland, Andrij Melnyk. Es handle sich um die «massivsten

Truppenbewegungen Russlands seit Ende des Zweiten Weltkriegs». Präsident Putin wolle die Ukraine als Staat auslöschen. «Wir brauchen militärische Unterstützung. Wir brauchen also modernste Waffensysteme, um unsere Verteidigung zu stärken.» Er sprach von «realen Kriegsvorbereitungen eines neuen militärischen Angriffs auf die Ukraine, die auch in Berlin ernst zu nehmen sind». Die deutsche Bundeskanzlerin Merkel und US-Präsident Joe Biden berieten in einem Telefonat über die Lage in der Ostukraine und riefen Russland auf, seine Truppenverstärkungen wieder abzubauen, nur so könne eine «Deeskalation der Situation» erreicht werden. Ukrainischer Medienberichterstattung zufolge geht der ukrainische Militärgeschichtsdienst von mittlerweile 102 000 russischen Soldaten an der ukrainischen Grenze aus und diese Truppenkonzentration solle bis Ende April auf über 110 000 erhöht werden.

Russische Bewegungen an der Front

Verschiedene Videos und Geodaten belegen seit Anfang April, dass sich seit Anfang April 2021 lange Kolonnen mit verladenen russischen Panzern, Lastwagen und Artilleriegeschützen sowie Truppen an die ukrainische Grenze bewegen. Die Recherchegruppe Conflict Intelligence Team (CIT) und die New York Times stellten irrtümlich fest, dass zahlreiche russische Truppen nicht in Gebieten aufmarschieren, die an die selbst proklamierten «Volksrepubliken» Donezk und Luhansk angrenzen,

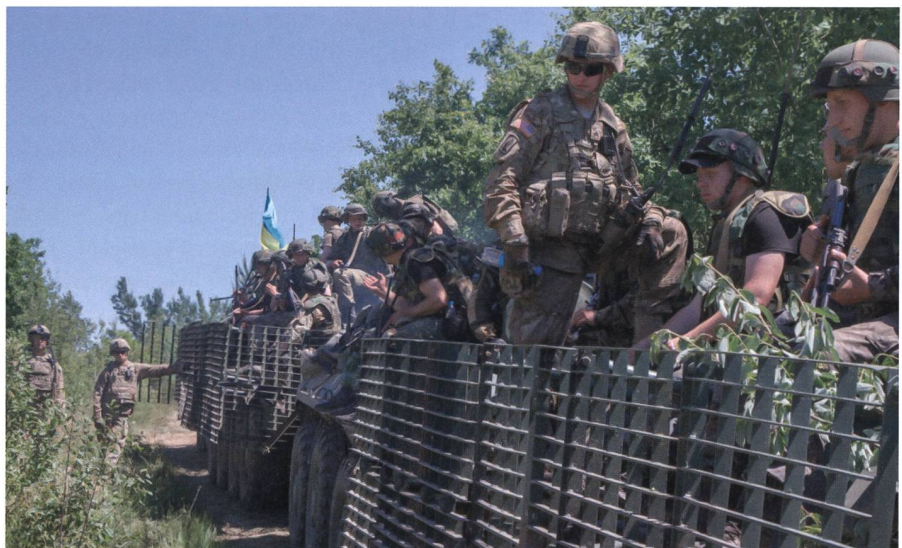


Bild: US Army

US-Truppen trainieren Einheiten der ukrainischen Nationalgarde.

sondern an einen von der ukrainischen Regierung in Kiew kontrollierten Teil des Luhansker Gebiets. Um im Kriegsfall den Einheiten der beiden russisch kontrollierten abtrünnigen Gebiete zu Hilfe zu kommen, so lautet die offizielle russische Erklärung, ist dies allerdings kein günstiger Standort, was die russische Erklärung unglaubwürdig macht. Das CIT und die New York Times schlossen daraus, die russischen Truppen bei Woronesch könnten im Falle eines russischen Angriffs auf den von Kiew gehaltenen Teil der Ostukraine zum Einsatz kommen.

Dies passt zu den aktuellen Beobachtungen von verstärkten russischen Luftlandtruppen auf der 2014 annektierten Halbinsel Krim. Zusätzlich informierte das russische Verteidigungsministerium darüber, dass über zehn Hochgeschwindigkeits-Lande- und Artillerieboote ins Schwarze Meer verlegt worden seien, offiziell zu «Übungszwecken». Hier besteht also das Potenzial für das Szenario eines russischen Zangenangriffs vom Wasser und vom Land her. Der regierungskritische russische Journalist Fjodor Krascheninnikow schrieb, «innen- wie aussenpolitisch» seien «diese russischen Truppenbewegungen und die Verlautbarungen des russischen Verteidigungsministeriums ein klares Signal». Der russische Präsident Putin rechne damit, «dass der Westen angesichts eines drohenden offenen Kriegs eher nachgibt und letztlich die Ukraine opfere, als dass er standhaft bleibe und einen Waffengang in Kauf nehme».

Die aktuelle russische Militärpolitik in Libyen, Syrien und in der Ostukraine ist geprägt von der Gerassimow-Doktrin des russischen Generalstabschefs Waleri Wasiljewitsch Gerassimow. Er hatte bereits im Jahr 2013 eine neue hybride Militärstrategie entworfen und zeichnete ein Bild eines «entgrenzten» Krieges: «Die Bekämpfung der Ziele des Feindes erfolgt über die gesamte Fläche seines Territoriums. Es verschwimmen die Grenzen zwischen strategischer, operativer und taktischer Ebene sowie offensiven und defensiven Operationen. Hochpräzise Waffen werden in grosser Zahl eingesetzt. Das Militär beginnt aktiv, Waffen, die auf neu entdeckten physikalischen Gesetzen basieren, sowie autonome Systeme zu implementieren.» Gerassimow nutzt seit dem Jahr 2016 die



Bild: Wikimedia Commons

Der ukrainische Botschafter Dmytro Kuleba sagt, Russland drohe der Ukraine offen mit Krieg.

westliche Terminologie des «hybriden Krieges» und führt den Zweck der Anwendung «hybrider Methoden» aus: «Ihr Inhalt besteht in der Erreichung politischer Ziele mit minimalen bewaffneten Angriffen auf den Gegner, vor allem durch die Zersetzung seines militärischen und wirtschaftlichen Potenzials, informationell-psychologischer Einflussnahme, aktiver Unterstützung der inneren Opposition und der Anwendung von Partisanen- und subversiven Methoden [...]»

Der Standpunkt der EU

Der EU-Aussenbeauftragte Josep Borrell sprach Mitte April von neu formierten 150 000 russischen Truppen an der ukrainischen Grenze. Wenige Stunden später korrigierte der Europäische Auswärtige Dienst die Zahl dann auf 100 000, ohne Angabe von Gründen. Das Risiko einer weiteren Eskalation der Situation sei mit den aktuellen massiven russischen Truppenbewegungen offensichtlich, warnte der EU-Aussenbeauftragte Borrell. Es sei «der grösste russische Militäraufmarsch an ukrainischen Grenzen, den es je gab». Trotz dieser massiven russischen Truppenbewegung entschied sich die Europäische Union – mit Stand von Ende April 2021 – nicht für weitere Druckmittel gegen Russland und bereitete demnach auch keine weiteren Sanktionen vor, dies beschlossen die EU-Aussenminister in einer Videokonferenz. Borrell erklärte Ende April, dass der Stand der Dinge sei, der sich aber jederzeit ändern könne. Sanktionen gegen

Russland hatte der ukrainische Aussenminister Dmytro Kuleba gefordert, der der Videokonferenz der EU-Aussenminister zeitweise zugeschaltet war. Angesichts des «russischen Militäraufmarsches» zeigte sich der deutsche Aussenminister Heiko Maas besorgt. Es gehe vor allem darum zu verhindern, dass «auch durch unbeabsichtigte Ereignisse eine militärische Eskalationsspirale in Gang gesetzt wird», «Moskau sollte von Provokation auf Kooperation umschalten.» Der deutsche Aussenminister betonte, «wir stehen eng an der Seite unserer ukrainischen Partner, gerade jetzt.» Maas sprach von einer «extrem angespannten Situation».

Fazit

Eine signifikante Eskalation des Krieges in der Ostukraine vonseiten Russlands in Form einer grossen militärischen Offensive ist nach aktuellem Stand nicht sehr wahrscheinlich, aber die russische Regierung ist ein intimer Kenner der Sicherheitspolitik der NATO, der EU und der einflussreichen europäischen Staaten Frankreich und Deutschland und weiss, dass diese eine massive kriegerische Eskalation unbedingt vermeiden wollen. Diese realpolitische Erkenntnis ist Teil der russischen Strategie in der Ostukraine. Die russische Militärpolitik in der Ukraine seit dem Jahr 2014 muss als real- und machtpolitisch, offensiv-aggressiv und fern von westlichen Konfliktlösungsmechanismen bezeichnet werden. Die NATO und Russland sind spätestens nach der russischen Offensive in der Ostukraine auf einem konfrontativen Kurs. Russlands sicherheits- und militärpolitisches Denken und Handeln unterscheidet sich grundsätzlich von der europäischen Sicherheits- und Militärpolitik. Während die Europäer mit der Stärkung kollektiver Sicherheit, internationaler Institutionen und internationalen Rechts einen multilateralen Ansatz verfolgen, gehen die russische Regierung und das russische Militär vom Recht des Stärkeren in einer multipolaren Welt aus, in der es nur begrenzte, interessenorientierte Allianzen mit anderen Staaten geben kann. Prognostisch muss festgestellt werden, dass der Krieg in der Ostukraine als Teil einer offensiv-aggressiven Sicherheits- und Militärpolitik Russland wahrscheinlich noch viele Jahre anhalten wird. ❏